Handout

Der äußere Aufbau des Gesetzes wird von seinem Inhalt bestimmt. Deshalb kann ein für alle Gelegenheiten passendes Schema nicht gegeben werden. Es gibt jedoch Faustregeln:

Das Wichtigere vor dem weniger Wichtigen

die materielle Vorschrift vor der Verfahrensregelung

Die Vorschriften des BGB über das Wohnraummietverhältnis und die Kündigung des Mietverhältnisses gehören zum materiellen Recht. Die Durchsetzung der Kündigung vor den Gerichten durch eine Räumungsklage nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung gehört zum formellen Recht.

die Regel vor der Ausnahme

und die Pflicht vor der Sanktion erscheinen

In der Regel bietet sich der Aufbau in folgender Reihenfolge an:

- Anwendungs- oder Geltungsbereich (einschließlich notwendiger Begriffsbestimmungen)
- Hauptteil
- Verfahren und Zuständigkeit
- Strafvorschriften, Bußgeldvorschriften
- Übergangsvorschriften
- Inkrafttreten.

Wichtig: Allgemeine Zweckbestimmungen sind dem Stammgesetz nicht voranzustellen. Der Zweck des Gesetzes sollte aus den getroffenen Regelungen selbst ohne weiteres erkennbar sein und ergibt sich oft auch bereits aus der Bezeichnung. Von allgemeinen Zweckbestimmungen sind Regelungen über den Anwendungs- oder Geltungsbereich des Gesetzes zu unterscheiden. Solche Regelungen stehen ggf. am Anfang des Gesetzes.

Beispiel Markengesetz <https://www.gesetze-im-internet.de/markeng/index.html>

Zuerst steht der Anwendungsbereich.

Dann folgt in Teil 2 der Hauptteil.

In Teil 3 bis 8 sind die Verfahrensregeln dargelegt. In diesem Gesetz aufgrund der Vielzahl der einzelnen Sachverhalte sehr umfangreich.

Teil 9 befasst sich dann mit Straf- und Bußgeldvorschriften.

Teil 10 sind Übergangsvorschriften

Inkrafttreten entfällt hier, da schon lange in Kraft.

Einzelne Regelungen

Begriffsbestimmungen sollten immer dann am Anfang eines Gesetzes zusammengefasst stehen, wenn die Begriffe mit demselben Inhalt, mehrfach im gesamten Gesetz verwendet

werden; die Begriffsbestimmungen können auch für dazugehöriges Verordnungsrecht von Bedeutung sein.

Die Einzelvorschrift eines Stammgesetzes ist die kleinste Gliederungseinheit, in der unter einer Bezeichnung Regelungen zusammengefasst sind. Die Bezeichnung einer Einzelvorschrift besteht aus einer Art- und einer Zählbezeichnung. Die Artbezeichnung ist in der Regel „§“. Die Artbezeichnung „Artikel“ ist bei Vertragsgesetzen anzuwenden.

Ermächtigungen zum Beispiel zum Erlass von Rechtsverordnungen sollten zusammen mit den Bestimmungen stehen mit denen sie im Zusammenhang stehen.

Sind Tabellen, Listen oder bildliche Darstellungen notwendig gehören diese als Anlage ans Ende des Gesetzes. Die Überschrift der Anlage soll eindeutig den Bezug zum übrigen Gesetzeswortlaut herstellen, möglichst genau zu der Norm, die auf die Anlage verweist.
Beispiel:

Anlage 1
Anlage zu § 3 Absatz 1

Ein Buchstabenzusatz zur Zählung (z. B. § 27a) ist bei Erstregelungen unzulässig. Solche Zählbezeichnungen kommen ausnahmsweise bei späteren Einschüben durch Änderungsgesetze zustande, wenn umfangreiche Umnummerierungen der folgenden Gliederungseinheiten und damit verbundene Folgeänderungen vermieden werden sollen.

Einzelvorschriften **sollen** Überschriften haben. Dies erleichtert die Orientierung im Gesetz. Für die Anwender können sie eine Auslegungshilfe sein. Die Überschriften sollen daher den Regelungsgegenstand stichwortartig zusammenfassen. Bereitet die Zusammenfassung in einer Überschrift Schwierigkeiten, ist das ein Zeichen dafür, dass ein zu umfangreiches Regelungspensum in einem Paragraphen mit vielen Absätzen zusammengezwängt wurde. Die Arbeit an der Überschrift lässt daher frühzeitig Mängel in der Gliederung des Regelungsstoffes sichtbar werden und kann dadurch zu einer klaren Ordnung des Regelungsstoffes beitragen.

Nach Artikel 19 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes muss ein Gesetz, das ein Grundrecht einschränkt, dieses Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen. Dieses Zitiergebot soll sicherstellen, dass keine unbeabsichtigten Grundrechtseingriffe erfolgen. Der Gesetzgeber soll sich über die Auswirkungen seiner Regelungen für die betroffenen Grundrechte im Klaren sein und die Grundrechtseinschränkung kenntlich machen. Es soll unmittelbar nach der einschränkenden Vorschrift stehen

Das Zitiergebot ist nicht bei allen Grundrechten zu beachten. Es gilt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nur bei Grundrechten, die auf Grund einer ausdrücklichen Ermächtigung vom Gesetzgeber eingeschränkt werden dürfen:

Artikel 2 Absatz 2 Satz 3 des Grundgesetzes (Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person),

- Artikel 6 Absatz 3 des Grundgesetzes (Trennung des Kindes von der Familie),
- Artikel 8 Absatz 2 des Grundgesetzes (Versammlungsfreiheit),
- Artikel 10 Absatz 2 des Grundgesetzes (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis),
- Artikel 11 Absatz 2 des Grundgesetzes (Freizügigkeit),
- Artikel 12 Absatz 2 und 3 des Grundgesetzes (Arbeitszwang und Zwangsarbeit),
- Artikel 13 Absatz 2 bis, Absatz 7 des Grundgesetzes (Unverletzlichkeit der Wohnung),

•Artikel 16 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes (Ausbürgerung, Auslieferung)
Bei Strafvorschriften erfolgt keine Zitierung von Artikel 2 Absatz 2 Satz des Grundgesetzes, da es offenkundig und dem Gesetzgeber ohne weiteres bewusst ist, dass eine mögliche Freiheitsstrafe die Freiheit der Person einschränkt.

Austausch von Tipps zum Lesen eines Gesetzes

Feedback

Wichtiger Link Handbuch der Rechtsförmlichkeit

http://hdr.bmj.de/page_c.02.html